

Vorlage-Nr.: **2680-2019/DaDi**

Aktenzeichen: 019-006

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Deistler, Martin

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Resolution gegen den Abbau von ca. 2240 Arbeitsplätzen bei Continental in Babenhausen – Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg solidarisiert sich mit den Beschäftigten von Continental in Babenhausen und fordert die Continental AG auf, die negativen Folgen für die Beschäftigten durch den Arbeitsplatzabbau von ca. 2240 Stellen in Babenhausen zu verhindern.
2. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg setzt sich für eine Verkehrswende hin zu einer sozialen und ökologischen Mobilität ein. Hier fordert der Kreistag die Continental AG in Babenhausen auf, mit neuen und innovativen Produkten für die Mobilitätsindustrie die Arbeitsplätze in Babenhausen durch eine nötige Qualifizierung der Beschäftigten zu erhalten.
3. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg erkennt die immense Bedeutung des Continental-Standortes in Babenhausen für die Region durch die große Einbettung des Standortes in den regionalen Wirtschaftskreislauf. Der Kreistag-Darmstadt-Dieburg beginnt daher mit der Entwicklung von Strukturmaßnahmen, mit denen die drastische Verkleinerung der Continental AG in Babenhausen mittelfristig kompensiert werden kann.

Begründung:

Der Abbau von ca. 2240 Stellen bis 2025 hätte für den Ostkreis des Landkreises Darmstadt-Dieburg fatale Auswirkungen. Zudem würden die Bürger des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu Sündenböcken einer verfehlten, profitorientierten Wirtschaftspolitik der Continental AG gemacht.

Dieses Arbeitsvernichtungsprogramm in Babenhausen hätte drastische Auswirkungen für mittelständische Unternehmen, für die Hotel und Gastronomiebranche und für zukünftige Auszubildende und arbeitssuchende Bürger. Auch für die Stadt Babenhausen hätte ein solches Programm aufgrund der reduzierten Einnahmen der Gewerbesteuer enorme Auswirkungen.

Dies kann der Kreistag so nicht hinnehmen.